



Richard Kiessler | Frank Elbe

Ein runder Tisch mit scharfen Ecken

Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit

Mit Vorworten von Sigmar Gabriel
und Hans-Dietrich Genscher

2. Auflage



Nomos

Richard Kiessler | Frank Elbe

Ein runder Tisch mit scharfen Ecken

Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit

Mit Vorworten von Sigmar Gabriel
und Hans-Dietrich Genscher

2., erweiterte Auflage



Nomos

© Umschlagphoto:
Günther Koenig, z.Z. der Aufnahme Auswärtiges Amt, Bonn

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6820-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0920-0 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

2. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Sigmar Gabriel	7
Vorwort von Hans-Dietrich Genscher	9
Dank	13
Die Wolkendecke tut sich auf	15
Die Neuorientierung der amerikanischen Politik	19
Der Streit über die Kurzstreckenraketen	25
Der Staatsbesuch Gorbatschows	27
Die DDR bleibt reformunwillig	31
Die Nacht von Prag – ein Augenzeugenbericht Aus den Notizen von Frank Elbe	37
Die Öffnung der Mauer	49
Der »Zehn-Punkte-Plan«	53
Die amerikanischen Interessen	59
Die französischen Sorgen	63
Die britischen Vorbehalte	67
Die sowjetischen Ahnungen	71
Ein unwürdiger Phototermin	79
Die Formel von Tutzing	83
Ein Kamingespräch in Washington	91
Bakers Werben	95
Das Ja-Wort im Kreml	101

Der offene Himmel von Ottawa	103
Die Bonner Verhandlungsziele	109
Auftakt im Weltsaal	121
Das Sicherheitsthema	133
Zwischenstationen	143
Der »kalte Guß« von Niederschönhausen	157
Elf Tage, die die Partei erschütterten	161
Archys – Pokern in klarer Bergluft	165
Das Treffen in Paris	175
Die Enteignungsfrage oder die Wahrheit von der Vorbedingung	177
Die Rolle der DDR	183
Eine hektische Schlußphase	195
Das Finale von Moskau	199
Der Ratifikationsprozeß	207
Nachdenken: Die neue Rolle Deutschlands	209
30 Jahre später: Erwartungen und Enttäuschungen	214
Chronologie: Auf dem Weg zur Einheit	237
Dokumente	245
Ausgewählte Bibliographie	278
Personenverzeichnis	281

Vorwort von Sigmar Gabriel

Die deutsche Einheit ist nun schon vor mehr als 30 Jahren möglich geworden. Rückblickend scheint sie sich fast zwangsläufig nach dem ökonomischen Zusammenbruch der damaligen DDR und der Politik von Perestroika und Glasnost in der früheren Sowjetunion entwickelt zu haben. Wer erinnert sich schon noch an diese aufregenden Wochen und Monate, in denen in Wahrheit die deutsche Wiedervereinigung immer wieder auf dem Spiel stand? Wo können Schülerinnen und Schüler, Studierende oder historisch Interessierte nachlesen, unter welchen Bedingungen und vor allem durch wen sich am Ende die Deutschen im Glück und friedlich vereint sahen?

Das Buch „Ein Runder Tisch mit scharfen Ecken“, geschrieben von zwei Zeit-, Augen- und Ohrenzeugen, bietet diese Möglichkeit. Der damalige Bonner Hauptstadtjournalist und Biograf des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, Richard Kiessler, und dessen damaliger Büroleiter Frank Elbe schildern die Abläufe, Wider- und Einsprüche und das glückliche Ende auf dem Weg zur deutschen Einheit so rastlos und atemberaubend, dass man das Leseerlebnis nur ungern unterbricht.

Vieles kann man dem Buch entnehmen, aber besonders bemerkenswert sind die außenpolitischen Lehren, die damals und auch heute noch gelten. Nicht nur das „Nie wieder“ prägte die Nachkriegspolitik Westdeutschlands, sondern auch das „Nie wieder allein“. Nur die verlässliche Eingebundenheit Westdeutschlands in die Europäische Union und auch in die NATO machte die Wiedervereinigung möglich. So paradox es sich heute anhört: Auch für die damalige Sowjetunion war ein wiedervereintes Deutschland als Mitglied der NATO ungefährlicher als ein neutrales Deutschland, von dem man nicht wusste, wie und wohin sich dessen Außenpolitik nach einigen Jahren entwickeln würde. Genscher war es, der in Moskau dafür warb, dass das wiedervereinte und größere Deutschland berechenbarer sein werde, wenn es fest in die europäischen und transatlantischen Strukturen eingebunden bliebe. Niemand

sollte glauben, dass unsere europäischen Nachbarn im Westen und im Osten heute diese Lehre aus zwei Weltkriegen vergessen hätten. Geografie und Geschichte bestimmen den Blick auf Gegenwart und Zukunft. Hans-Dietrich Genscher wusste das und sorgte zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl für die Berechenbarkeit Deutschlands. Die Voraussetzungen dafür hatte zuvor die Entspannungs- und Ostpolitik geschaffen, die bereits die Grundlage für die Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen gelegt hatte. Denn erst die endgültige Anerkennung der Westgrenze Polens im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung machte den Weg frei für die erfolgreichen Zwei-Plus-Vier Verhandlungen.

Das Buch zeigt aber auch, dass selbst in hochkomplexen und widersprüchlichen Interessenlagen das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Politikerinnen und Politikern die Wendung zum Guten ermöglichen kann. Ohne Genschers exzellentes Verhältnis sowohl zum amerikanischen Außenminister James Baker wie auch zum Außenminister der damaligen UdSSR, Eduard Schewardnadse, wären viele Hürden auf dem Weg zur deutschen Einheit wohl kaum überwunden worden.

Berechenbarkeit, Vertrauen und absolute Klarheit darüber, wo Deutschland steht, sind auch heute noch die wichtigsten Bedingungen für die deutsche Außenpolitik. Das Buch von Richard Kiessler und Frank Elbe liefert dafür vielfältige Beweise. Deshalb ist es richtig, dass sich der Nomos Verlag zu einer Neuauflage des Buches entschlossen hat, in dem die beiden Autoren aus ihrer Sicht eine Bilanz zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit hinzugefügt und die neue außenpolitische Rolle des vereinten Deutschlands analysiert haben.

Vorwort von Hans-Dietrich Genscher

Dieses Buch geht in seiner Bedeutung über eine Darstellung der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen und der dabei zu überwindenden Probleme hinaus. Es beschreibt die Einbettung der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen in die weltpolitische, vor allem aber die gesamteuropäische Entwicklung. Es erhellt damit den Weg zu den dramatischen Veränderungen in den Jahren 1989 und 1990. Die Chance der deutschen Vereinigung erscheint nicht als eine Laune des Schicksals, sondern als die Frucht einer mühevollen, langfristig angelegten und mit langem Atem verfolgten Politik der Überwindung der Spaltung Europas mit dem Ziel, damit auch die deutsche Teilung zu beenden. So erscheinen die »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen als Anwendungsfall einer auf Kooperation angelegten Politik, die durch die Veränderungen der gesamtpolitischen Lage die Lösung einer so komplizierten Frage wie die der deutschen Einheit möglich machte.

In dieser gesamtpolitischen Einbettung des »Zwei-plus-Vier«-Prozesses ist das Buch keineswegs nur eine rückwärtsgewandte Betrachtung, sondern eine in die Zukunft gewandte Darstellung, die die Wertebestimmung auch der Außenpolitik des vereinigten Deutschlands deutlich unterstreicht.

Die Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 hatte in einer beispiellosen Weise die deutsche Außenpolitik auf das Friedensgebot, auf die Einheit Europas und auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit verpflichtet. Die Festlegung auf Frieden und europäische Einheit bleibt. Der »Zwei-plus-Vier«-Vertrag bekräftigt diese Verpflichtungen, wenn er festlegt, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird, daß Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar sind.

Die Verpflichtung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, daß das vereinte Europa keine seiner früheren Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn, in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen, wird in den Rang einer Vertragsbestimmung erhoben. Sie wird damit auch in Zukunft verpflichtende verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Richtschnur deutscher Innen- und Außenpolitik sein.

Die Präambel zu dem Vertrag stellt die deutsche Vereinigung in den Zusammenhang der historischen Veränderungen in Europa. Sie hebt die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki hervor und bestätigt, daß durch diese Prinzipien die feste Grundlage für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen wird.

Die Lektüre des Buches macht immer wieder deutlich, wie wichtig es für den Erfolg der Verhandlungen war, den gesamteuropäischen Zusammenhang, die Sicherheitsinteressen anderer Staaten und die Bestätigung der Endgültigkeit der Grenzen des die Bundesrepublik Deutschland, die ehemalige DDR und Berlin umfassenden Gebietes zu wahren. Zu keiner Zeit der Nachkriegsgeschichte ist deutlicher als in den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen geworden, daß es einen deutschen Alleingang oder eine Renationalisierung der deutschen Außenpolitik nicht geben kann und nicht geben darf.

Die grundlegenden Veränderungen in Zielsetzung und Denkweise des westlichen Bündnisses, die Bedeutung der KSZE mit der Krönung durch die Charta von Paris, die klare Position hinsichtlich der deutschen Grenzen und der Verzicht auf Gebietsansprüche, die Beachtung der jeweiligen Sicherheitsinteressen und der entscheidende deutsche Beitrag zu dieser in die europäische Zukunft weisenden Politik haben letztlich das Einverständnis der Sowjetunion mit der Entscheidungsfreiheit des vereinten Deutschlands über seine künftige Bündniszugehörigkeit ermöglicht.

Es nimmt dem Buch nichts von seiner Bedeutung, daß Empfindungen und auch persönliche Eindrücke der Autoren zur Geltung kommen. Sie geben der Abhandlung eines historischen Abschnitts der deutschen und europäischen Politik damit eine menschliche

Note, die eher einen Gewinn bedeutet. Daß Vertrauensbildung auch durch persönliche Beziehungen und durch klar und offen dargelegte Politik gefördert wird, läßt das Buch an vielen Stellen erkennen.

Das Buch verschweigt nicht die Probleme, die es auf dem Weg zur Unterzeichnung des »Zwei-plus-Vier«-Vertrages bis in die letzten Stunden hinein gab, aber gerade darin liegt seine in die Zukunft hineinwirkende Bedeutung. Die deutsche Vereinigung oder – wie es in der Erklärung von Ottawa heißt – die Regelung der äußeren Aspekte und Herstellung der deutschen Einheit betrifft eben nicht nur den Weg hin zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. Sie bestimmt auch die künftige deutsche und europäische Politik.

Dies ins Bewußtsein zu heben, ist das besondere Verdienst der Autoren. Sie haben ein Buch vorgelegt, das dem Leser über die Beschreibung eines historischen Verhandlungsprozesses hinaus die Schlußfolgerung deutscher Verantwortungspolitik für die Zukunft bietet.

Bonn 1993

Hans-Dietrich Genscher

Dank

In einer veränderten Welt hat Europa nach vier Jahrzehnten des Kalten Krieges und der nuklearen Bedrohung zwischen Ost und West eine neue Gestalt angenommen. Die Deutschen in der Mitte des Kontinents verdanken diesem Prozeß die Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit. Sie wurde, unerwartet für die meisten, überraschend für viele, nicht gegen den Willen, sondern mit der Unterstützung der Nachbarn, Partner und früheren Gegner der Deutschen erreicht.

Die Chance zur Einheit am Ende dieses Jahrhunderts war womöglich nur von kurzer Dauer. Vielleicht wäre, die Diffusion der Macht beweist es, das Fenster der Gelegenheit zu den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit bereits wieder geschlossen. Über den diplomatischen Weg zur Einheit und den Vertrag der Deutschen mit ihren einstigen Kriegsgegnern berichtet dieses Buch.

Die Verfasser wollen die Erfahrungen jener widerspiegeln, die in den entscheidenden Monaten der Jahre 1989/90 operativ in den auswärtigen Diensten in Bonn und den anderen Hauptstädten der »Zwei-plus-Vier«-Staaten an den Verhandlungen beteiligt waren. In diesen Kontakten der Außenminister und ihrer Mitarbeiter sind die Bedingungen ausgehandelt worden, unter denen Deutschland seine Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wiedererlangte.

Dieses Buch haben ein Journalist und ein Diplomat geschrieben, die auf höchst unterschiedliche Weise die sieben Monate der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen begleitet haben – der eine als Beobachter und Berichterstatter, der andere als enger Mitarbeiter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Mitglied der Bonner Verhandlungsdelegation. Beide haben es als reizvoll empfunden und erlebt, die äußere mit der inneren Sicht zu verzahnen.

Unser Dank gilt den zahlreichen Akteuren der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen, auf deren Sachverstand und Erinnerungen wir zu-

rückgreifen durften. Hier seien an erster Stelle Hans-Dietrich Genscher und Dieter Kastrup genannt. Der frühere Außenminister und Mit-Architekt der deutschen Einheit stand mit vielerlei Hinweisen zur Verfügung und schrieb das Vorwort zu diesem Band. Staatssekretär Kastrup, dem Bonner Delegationsleiter der »Zwei-plus-Vier«-Gespräche, sind wir für wichtige Ratschläge ebenso dankbar wie Hans-Werner Lautenschlager.

Zu danken ist in besonderer Weise unserem Freund Robert Zoellick, damals Chefberater des amerikanischen Außenministers, aber ebenso Robert Blackwill und Denis Ross sowie Condoleezza Rice. Ohne ihre wertvollen Kenntnisse vor allem der operativen Überlegungen der damaligen amerikanischen Regierung hätten zahlreiche Sachverhalte nicht aufgeklärt werden können. Unser freundschaftlicher Dank gilt ferner Robert M. Kimmitt und dem ebenfalls mit dem »Zwei-plus-Vier«-Prozeß aufs engste vertrauten Bertrand Dufourcq.

Erhellende Hinweise und Anregungen verdanken wir ferner Eduard Schewardnadse und Julij Kwizinski, die mittlerweile in ihren Memoiren auf die »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen eingegangen sind. Unter den vielen, auf deren Sachkenntnis wir zählen durften, nennen wir Sir Julian Bullard, Hans Misselwitz, Wolfram von Fritsch, Robert G. Livingstone, Elizabeth Pond, Sergej Tarassenko, Tejmuras Stepanow und Stephen Szabo.

Besonders danken möchten wir unserem Verleger Volker Schwarz und unserem Lektor Peter Kühler von der Nomos Verlagsgesellschaft für ihre großzügige und freundliche Kooperation.

Schließlich sind wir Bernd Musa zu Dank verpflichtet, dem unermüdlichen Dokumentaristen im Bonner Büro des SPIEGEL. Unschätzbar war ferner das Engagement von Elke Schmidt, die sich mit großer Geduld um die zahlreichen Änderungen und Ergänzungen des Manuskriptes kümmerte.

Die Wolkendecke tut sich auf

Viereinhalb Jahrzehnte nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches haben die Deutschen mit den Sowjets und den ehemaligen Kriegsgegnern im Westen endgültig Frieden gefunden. Die Teilung Europas mit ihrer Schnittlinie mitten durch Deutschland ist überwunden. Mit der Vereinigung Deutschlands hat die Nachkriegsordnung endgültig abgedankt. Die einstigen Kriegsalliierten haben ihre Vorrechte aus der Besatzungszeit aufgegeben, die Deutschen haben, so verbrieft es der »Zwei-plus-Vier«-Vertrag über die »äußeren Aspekte« der deutschen Einheit, die volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten wiedererlangt.

In der Retrospektive erscheint der »Zwei-plus-Vier«-Prozeß immer noch als ein in seinen dramatischen Abläufen außergewöhnliches, nicht zu wiederholendes Ereignis. Daß die deutsche Diplomatie mit ihren Partnern des »Zwei-plus-Vier«-Vertrages die »äußeren Aspekte« der deutschen Einheit in nur sieben Monaten abschließend regeln konnte, hat sie zum einen den außergewöhnlich positiven Grundbedingungen des Jahres 1989 zu verdanken; zum anderen einer einzigartigen Kausalkette von Ereignissen, die am 9. November 1989 zur Öffnung der Berliner Mauer führten.

So glatt wie das diplomatische Meisterstück der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen auf den ersten flüchtigen Blick zustande gekommen zu sein schien, ist es natürlich nicht gewesen. Es war schon ein »runder Tisch mit scharfen Ecken«, wie der frühere sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse später zu Recht feststellte, an dem die beiden deutschen Außenminister und die Vier Alliierten Platz nahmen – und dies, laut Schewardnadse, auch »nahezu körperlich« so empfanden. Daß es den sechs Ministern dennoch gelang, die scharfen Ecken in nur wenigen Monaten abzuschleifen und sich über so grundlegende Fragen wie die Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands, den Abzug ausländischer Streitkräfte von deutschem Territorium und die polnische Westgrenze zu verständigen, hat zweifellos mit dem günstigen Augen-

blick zu tun, für den das Fenster der Gelegenheit im deutschen Glücksjahr 1990 offen gewesen ist. Der Prozeß der Vereinigung ist, was die äußeren Aspekte betrifft, tatsächlich »ohne Verzögerung« abgelaufen, so wie es die sechs Außenminister am Beginn des »Zwei-plus-Vier«-Prozesses vereinbart hatten.

Zu Recht hat Karl Kaiser die politischen Entwicklungen, die dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung in jenen aufregenden Monaten der Jahre 1989 und 1990 folgten, als »einen der größten Triumphe der professionellen Diplomatie in der Neuzeit« gewertet. Voraussetzung dafür war freilich eine gleichsam außergewöhnliche, wenn nicht einmalige Konstellation der politischen Führungspersönlichkeiten. »Sämtliche Schlüsselpersonen«, bemerkt Kaiser, »waren keine politischen Neulinge, sondern ungewöhnlich erfahrene Politiker, die schon zuvor miteinander arbeiten und persönliche, manchmal fast freundschaftliche Beziehungen aufbauen konnten.«

Doch auch dieser »Glücksfall von Staatskunst« war in den sieben Verhandlungsmonaten der »Zwei-plus-Vier« von Reibungen, Interessenkollisionen, Verdächtigungen und handfesten Kontroversen überschattet. Den Eindruck ungetrübter Harmonie erzeugen oder im nachhinein beschwören zu wollen wäre angesichts des Grand Design, die deutsche Frage zu lösen, unwahrhaftig.

Hans-Dietrich Genscher, einer der Hauptakteure am runden Tisch mit den scharfen Ecken hat im nachhinein eingestanden, daß die internen Schwierigkeiten der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen größer gewesen sind, als es öffentlich sichtbar wurde. So bedurfte es auch einer besonderen Entschlossenheit und Staatskunst, um die Chance der deutschen Einheit nicht dahingehen zu lassen: »Eine geschlossene, dichte Wolkendecke hatte sich jahrzehntelang vor den Stern der deutschen Einheit geschoben«, beschreibt der frühere Außenminister dieses geschichtliche Momentum an der Wende zu den neunziger Jahren, »dann tat sich für kurze Zeit die Wolkendecke auf, ließ den Stern sichtbar werden, und wir griffen nach ihm.«

Doch als sich Genscher im März 1990 am Rande der Unabhängigkeitsfeiern für Namibia mit Schewardnadse in Windhuk traf, be-

kannte er, daß auch er vom Gang der Dinge überrascht worden war. Wenn ihm vor Jahresfrist jemand prophezeit hätte, daß er an seinem Geburtstag ausgerechnet in Windhuk, einen Tag nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Namibia, mit dem sowjetischen Außenminister über die Einheit Deutschlands reden würde, »der sofortigen Entmündigung eines solchen politischen Phantasten hätte ich vermutlich nicht widersprochen.«

Nach der Begegnung mit Schewardnadse in Windhuk legte sich Genscher im weiträumigen Garten des Bonner Botschafters Harry Ganns in einen Liegestuhl und blinzelte in die afrikanische Sonne. Es war der 22. März, einen Tag nach seinem 63. Geburtstag. Der weite Blick von der mit üppigen Oleander- und Hibiskussträuchern gesäumten Terrasse auf die sanften Hügel am Rande der kleinen Hauptstadt des neuen Staates hat etwas Beschauliches: »Es ist etwas Wunderschönes«, sagte der Außenminister plötzlich in die Stille zu seinen Begleitern, »in der Politik recht zu kriegen und das noch im Amt zu erleben.« Und nach einer Weile fügte er grinsend hinzu: »Wo ich hingeh, ist das so. Und die sich ändern müssen, sind immer dieselben.«

Die Neuorientierung der amerikanischen Politik

Die Vereinigten Staaten vollzogen zu Beginn des Jahres 1989 eine Neuorientierung und einen grundsätzlichen Wandel in ihrer Einstellung zu ihren westdeutschen Verbündeten. Die Bush-Administration legte insbesondere den Streit der Regierung Reagan mit Bonns Außenminister über den »Genscherismus« bei. Die ideologische Kontroverse über eine angeblich zu weiche Haltung gegenüber der Sowjetunion war durch Genschers Aufforderung 1987 in Davos ausgelöst worden, Gorbatschow ernst, ihn »beim Wort« zu nehmen.

Nüchtern betrachtet war der Genscherismus ein Anwendungsfall der gültigen Philosophie des Atlantischen Bündnisses. Der Harmel-Bericht von 1967 ging von einer Doppelstrategie von ausreichender militärischer Sicherheit einerseits und dem Angebot von Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit andererseits aus. Der Westen hatte im Grunde genommen Wirkung und Erfolg seiner eigenen Strategie unterschätzt oder sogar falsch eingeschätzt. Wenn es das »höchste Ziel« der Allianz war, eine »dauerhafte und gerechte Friedensordnung in Europa« zu schaffen, so waren die Vorstellungen von Gorbatschow über den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses eine korrespondierende Offerte, die zumindest eine kritische Prüfung verdiente, wollte man sich auch weiterhin im Rahmen der gültigen NATO-Philosophie bewegen.

Genscher galt in den USA in den ersten Jahren der Reagan-Administration als ein wenig vertrauenswürdiger Mann. Der ehemalige US-Botschafter Richard Burt nannte ihn einen »slippery man«. Dem Begriff Genscherismus »haftet der Beigeschmack einer unkritischen Begeisterung für den sowjetischen Generalsekretär und einer uneingeschränkten Bereitschaft, ihm zu helfen, an«, schrieb Helga Walter im rechtskonservativen Magazin National Review noch im Juni 1989. Genscherismus war das Synonym für neue »Appeasement«-Politik.

Die eigentliche Wende in dieser Einschätzung leitete der amerikanische Außenminister James Baker auf dem Höhepunkt der deutsch-amerikanischen Auseinandersetzungen über die Einführung neuer atomarer Kurzstreckenraketen (Follow on to LANCE) ein. Die USA waren im Frühjahr noch entschlossen, das LANCE-Nachfolge-Modell einzuführen; von Verhandlungen über die Reduzierungen von Kurzstreckenwaffen wollten sie schon gar nichts wissen.

Die Bonner Koalition einigte sich am 21. April 1989 nach einer erbitterten Auseinandersetzung schließlich darauf, die Entscheidung über die Modernisierung zu verschieben.

Genscher und dem gerade vereidigten Verteidigungsminister Stoltenberg fiel die komplizierte Aufgabe zu, diese – mit keinem Bündnispartner abgestimmte – Koalitionsentscheidung am 24. April in Washington zu konsultieren. Inzwischen war das Koalitionspapier am 23. April an die Nachrichtenagentur AFP »geleakt« worden. Für Genscher und die FDP war die Washingtonreise vor allen Dingen auch deswegen heikel, weil sich der größere Koalitionspartner dort eine Revision der Koalitionsentscheidung erhoffte. Regierungssprecher Hans (,Johnny‘) Klein hatte nämlich am 21. April verkündet, daß das Ergebnis im Lichte der Gespräche in Washington noch einmal überprüft werden würde.

Frostiger konnte ein Besuch kaum beginnen. Baker ließ die Deutschen 13 Minuten im Konferenzraum der 7. Etage des State Departments warten. Dann zog die amerikanische Delegation geschlossen ein. Es schien, als wollten deren Mitglieder – Baker, Cheney, Scowcroft, Blackwill, Kimmitt, Lehman, Ridgeway, Zoellick und andere – einander an Grimmigkeit übertreffen.

Robert „Bob“ Blackwill, Europadirektor im Nationalen Sicherheitsrat, amüsierte sich später: »Wir waren sauer, weil ihr Deutsche euch wie Amerikaner verhalten hattet: erst entscheiden, dann konsultieren!«

Nach etwa 20 Minuten steifer Verhandlungen wurde es Genscher zu bunt. Er forderte eine Unterbrechung der Sitzung und bat Baker um ein Gespräch im kleineren Kreis – Baker, Scowcroft, Stoltenberg und Genscher. Das Gespräch wurde auf der Dachterrasse

des State Departments geführt. Dieses Gespräch wurde zu einem Schlüsselereignis in den Beziehungen zwischen Baker und Genscher. Die deutsch-amerikanischen Positionen in der SNF-Frage näherten sich an. Wichtiger war jedoch, daß aus dieser politischen Belastungsprobe zwischen Baker und Genscher ein enges Vertrauensverhältnis erwuchs, das sich zu einer Freundschaft zwischen zwei politischen Profis entwickelte, die einander Respekt zollten.

Beim anschließenden Mittagessen lehnte sich ein entspannter Baker zurück und fragte schelmisch: »Erklär uns doch einmal, Hans-Dietrich, wieso man uns aus Bonn fortgesetzt erzählt, daß es auf deine Haltung nicht ankommt?«

Das gegenseitige Vertrauen bewährte sich – sichtbar für alle übrigen Außenminister –, als Baker und Genscher in der dramatischen Nachtsitzung des NATO-Gipfels vom 29. zum 30. Mai sich in eine Ecke des Brüsseler Konferenzsaales zurückzogen, eine Kompromißformel fanden und diese – gegen erbitterten britischen und niederländischen Widerstand – schließlich durchsetzten; der NATO-Gipfel geriet damit noch unerwartet zu einem politischen Erfolg.

Nachdem die Kontroverse um die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen beigelegt war, wurde aus dem anschließenden Staatsbesuch von Präsident Bush in der Bundesrepublik ein atmosphärischer Höhepunkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Würde Deutschland, wie Präsident Bush sagte, nun in die Reihe der Großmächte aufrücken, eine »fünfte Weltmacht« (Bush) werden?

Der so verbissen ausgetragene SNF-Streit im NATO-Bündnis hatte jedenfalls unmittelbare Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis: In seiner Rede in Mainz ernannte Präsident Bush die Deutschen in einer ebenso frühen wie kühl kalkulierten Erkenntnis ihres politischen Gewichts zu Partnern in einer Führungsrolle (»partners in leadership«). Einige Bonner Politiker, vor allem im konservativen Lager, empfanden diese Einstufung als schieres Kompliment; den bitteren Ernst, der hinter den Bush-Worten stand, begriffen viele, wenn überhaupt, erst später.

»Partners in leadership« war vor allem keine Salbung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, wie die Publizistin Elizabeth Pond es nannte. Zoellick, der an dieser Passage mitgewirkt hatte, war da nüchterner. Er bezeichnete es als ein Stück ureigener amerikanischer Interessenpolitik. Washington hätte erkannt, sagte er, daß bei der Fortentwicklung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere der Beziehungen zur Sowjetunion, die Deutschen eine Schlüsselrolle spielten. Das Angebot zur Partnerschaft sei daher gerade auch in der Absicht erfolgt, die amerikanischen Möglichkeiten zur Mitgestaltung dieser Entwicklung zu sichern. Zoellick definierte die Mischung, die die neue Einstellung Washingtons bestimmte, später so: »Wir fühlten uns einerseits von den Deutschen herausgefordert, andererseits wollten wir den Respekt vor ihrer Rolle zum Ausdruck bringen.«

Es war auch die Zeit, in der in der Chefetage des State Departments die Möglichkeiten neu durchdacht wurden, den KSZE-Prozeß für die Interessen der USA stärker zu nutzen. Der engste außenpolitische Berater des amerikanischen Außenministers, Bob Zoellick, und Bakers Planungschef Denis Ross hatten ein offenes Ohr für die Bonner Vorstellungen von einer neuen, auf die Annäherung der militärischen Bündnisse gerichteten Sicherheitsarchitektur. Sie konnten sich sogar mit Genschers Begriff von den kooperativen Sicherheitsstrukturen anfreunden. Die Zeit lag hinter ihnen, in der ein Henry Kissinger die Einschätzung der KSZE vorgab: »Sie ist unschädlich, aber unsinnig!«

Als Genschers Außenamtssprecher Jürgen Chrobog und der Ministerbüroleiter Frank Elbe am 20. November 1989 im Hotel Four Seasons in Washington ein halbes Dutzend diplomatischer Korrespondenten über ihre KSZE-Vorstellungen brieften, erlebten sie allerdings noch ein Tauchbad in das eiskalte Wasser der amerikanischen Realitäten. Walt Mossberg vom Wall Street Journal, den beiden Deutschen durchaus freundschaftlich zugeneigt, winkte gelangweilt ab: »Ihr müßt lernen, daß das Wort KSZE einfach nicht zum politischen Vokabular der USA gehört!« Ganz so sicher waren sich die Journalisten allerdings nicht. Margaret Warner von Newsweek, Thomas Friedman von der New York Times und Walt Moss-

berg schlossen eine Wette untereinander ab, ob James Baker sich in absehbarer Zeit zum KSZE-Prozeß äußern werde. Er tat es. In einer von Zoellick verfaßten Rede zur »Architektur für eine neue Ära« legte Baker am 12. Dezember 1989 im Presseclub in Berlin seine neuen Visionen von der KSZE dar.

Diese Rede spiegelt die bemerkenswerte qualitative Entwicklung wider, die das amerikanische KSZE-Verständnis genommen hatte. Frühere Administrationen hatten den KSZE-Prozeß im wesentlichen unter Menschenrechtsaspekten gesehen. Die USA erkannten nun die Notwendigkeit, eine aktive, gestaltende Rolle im KSZE-Prozeß zu übernehmen, und zwar in allen Bereichen, d.h. insbesondere in der Sicherheitspolitik und in den wirtschaftlichen Fragen. Später, beim Außenministertreffen der NATO in Turnberry im Juni 1990, bezeichnete Baker die KSZE sogar als das »Gewissen des Kontinents«, als »einen Ort, wo der politische und moralische Konsens der jeweiligen Zeit auf der Grundlage demokratischer Werte geformt werden kann«.

Jene bewegenden Monate im Jahre 1989 begründeten im übrigen nicht nur bemerkenswert vertrauensvolle Beziehungen zwischen Genscher und seinem amerikanischen Kollegen James Baker, sondern auch zwischen ihren engen Mitarbeitern Dieter Kastrup, Jürgen Chrobog und Frank Elbe einerseits und Robert Zoellick, Robert Kimmitt, Ray Seitz und Denis Ross andererseits. Dieses persönliche Beziehungsgeflecht an der Spitze der beiden Außenämter trug wesentlich zu konzeptionellen Vorstößen auf dem Weg zur deutschen Einheit bei. Zoellick behauptet, daß im Prozeß der Vereinigung die beiden Außenministerien besser zusammengearbeitet hätten als das Weiße Haus und das Bundeskanzleramt.

Der Streit über die Kurzstreckenraketen

Die Gipfel-Beschlüsse der 16 Staats- und Regierungschefs der NATO vom 30. Mai 1989 enthielten auf westdeutsches Drängen keine Entscheidung über die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme. Der NATO-Gipfel einigte sich auf die Formel: »Die Frage der Einführung und Stationierung eines Folgesystems für die LANCE wird 1992 behandelt werden.«

Dieser aufschiebende Beschluß schuf ein günstiges Umfeld für die weitere Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses. Eine Modernisierungsentscheidung wäre ein falsches Signal gewesen. Sie hätte einen Rückschlag für die Entspannungspolitik bedeutet und wahrscheinlich die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa verlangsamt oder beendet. Es bestand schon Anlaß, die Warnung von Marschall Achromejew vom 8. Mai 1989 ernst zu nehmen: »Die Stationierung würde eine absolut unannehmbare Situation schaffen.«

Der Entscheidung, die SNF-Modernisierung auszusetzen, war in Bonn eine Kontroverse vorausgegangen, die beinahe zum Bruch der christlich-liberalen Koalition geführt hatte.

»Ohne diese Entscheidung würde die Welt heute anders aussehen«, behaupten die SNF-Gegner um ihren Protagonisten Genscher. Sie wäre in jedem Fall ein falsches politisches Signal gewesen und hätte die Reformentwicklungen in Polen und Ungarn womöglich abgebremst.

Die Anhänger der Modernisierung stilisierten die SNF-Entscheidung zum Lackmus-Test für den Zusammenhalt der westlichen Allianz hoch.

Der Bundestag erlebte am 27. April 1989 einen der erregtesten Debattenbeiträge des FDP-Außenministers: »Auf unserer Seite geht es bei der Entscheidung über neue nukleare Kurzstreckenraketen um Waffensysteme, die das polnische und das tschechische Volk erreichen können, die im Zweiten Weltkrieg so unendliches Leid ertragen mußten«, rief Genscher aus, »es geht um nukleare Kurzstreckenraketen, die den anderen Teil unseres Vaterlandes erreichen

können«. Und dann nahm der gebürtige Hallenser seinen Koalitionspartner auf der Regierungsbank ins Visier: »Die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Eid, ihre Kräfte dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen«, mahnte er, »die Verpflichtung aus diesem Eid endet nicht an der Grenze mitten durch Deutschland.«

Genschers leidenschaftlicher Appell, das Friedensgebot des Grundgesetzes zu achten, führte zu einer paradoxen Allianz mit dem konservativen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger. Dessen Wort »Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen!« machte fortan die Runde.

Der Staatsbesuch Gorbatschows

Der nahezu sensationell verlaufene Staatsbesuch von Präsident Gorbatschow in der Bundesrepublik im Juni 1989 war, ohne Übertreibung, im Wortsinn ein neues Kapitel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. In den Vorverhandlungen zum Staatsbesuch spürte Genscher bei Schewardnadse die Entschiedenheit, das deutsch-sowjetische Verhältnis qualitativ zu verändern. Im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg offenbarte der Amtskollege aus Moskau einen bis dahin völlig neuen Verhandlungsstil: Aus der Reaktion seiner erschrockenen Mitarbeiter wurde Genscher und seinen Diplomaten klar, daß Schewardnadse offensichtlich die daheim festgelegte Linie verließ und – für einen sowjetischen Außenminister höchst ungewöhnlich – spontan seinen Eingebungen folgte. Hier schien sich ein Mann einer Entwicklung anzunähern, die er für unausbleiblich hielt. Bereits im Januar hatte Schewardnadse auf der KSZE-Konferenz in Wien davon gesprochen, daß der Eiserner Vorhang roste. Schewardnadses neuer Stil in den Gesprächen war für Genscher eine Konsequenz seiner damaligen Vision.

In der Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni 1989 stellten Gorbatschow und seine Bonner Gastgeber den Wunsch heraus, »ein Verhältnis guter und verlässlicher Nachbarschaft dauerhaft zu begründen«. Der Sowjetunion wurde die Perspektive einer langfristigen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in allen Bereichen eröffnet – eine, wie sich später zeigen sollte, grundlegende Voraussetzung für die Zustimmung der Sowjetunion zur staatlichen Einheit der Deutschen.

Es klingt wie ein Vorgriff auf die künftige Entwicklung, wenn Kohl und Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt bereits als »vorrangige Aufgabe ihrer Politik« festhalten, »zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen«. Sie demonstrierten auch ihre Entschlossenheit, »gemeinsam an Vorstellungen zu arbeiten, wie dieses Ziel

durch den Aufbau eines Europas des Friedens und der Zusammenarbeit« erreicht werden könne.

Offenkundig war die sowjetische Führung entschlossen, sich über die Politik der Perestroika an den Westen anzunähern. Gorbatschow ließ in seinen Bonner Gesprächen keinen Zweifel an der gesamteuropäischen Dimension seiner Politik. Er signalisierte bereits zu diesem Zeitpunkt seine Bereitschaft, alle ungeklärten europäischen Nachkriegsfragen zu lösen. Damit meinte er sowohl Veränderungen in den Beziehungen der bis dahin antagonistischen Militärallianzen als auch das Verhältnis der einzelnen Staaten Europas. Zudem sprach der Generalsekretär bis dahin Ungewohntes aus: Jedes Land des Warschauer Paktes könne und müsse seinen eigenen Weg finden. Daß die reform-unwillige DDR-Spitze in einem desintegrierten Militärpakt keine Überlebenschance haben würde, war evident.

Doch das deutsch-sowjetische Verhältnis blieb verletzlich. So registrierte die Regierung in Bonn voller Verwirrung am 26. September 1989 Außenminister Schewardnadses Warnung in der 44. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, »daß die Kräfte des Revanchismus wieder aktiv werden und versuchen, die Nachkriegsrealitäten in Europa zu ändern und zu zerstören«. Die »revanchistische Bewegung« sei gefährlich und stehe dem »Weg des Friedens«, den der amerikanische Präsident Bush propagiere, feindlich gegenüber.

Wen hatte Moskaus Außenminister gemeint? War das nicht die Sprache der sowjetischen Kommunisten aus dem Kalten Krieg? Unter den in New York versammelten Außenministern machte Schewardnadse keinen Hehl aus der Empörung der sowjetischen Führung über Vorgänge auf dem CDU-Parteitag in Bremen vom 11. September 1989. Dort hatte die »Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung« der Partei ein Faltblatt an die Delegierten verteilt, das für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 warb. Provozierend war in dem Faltblatt von den »Ostprovinzen des Deutschen Reiches« die Rede, die polnisch und sowjetisch »verwaltet« seien.

Moskaus Missionschef Kwizinski kabelte damals in seine Zentrale am Smolensker Platz, der Bundeskanzler habe in seiner Bremer

Parteitage keine Hehl aus der Absicht seiner Regierung gemacht, in Osteuropa nunmehr »tiefgreifende Veränderungen« herbeizuführen. Vor allem über der DDR, so der Botschafter, würden sich »dunkle Wolken« zusammenziehen. Auf diesem Parteitag der Kanzlerpartei, der auf ihn »wie ein Alarmsignal« (Kwizinski) gewirkt habe, sei bereits zu erkennen gewesen, welche Richtung die Entwicklung nehmen könnte und welche Perspektiven man in Bonn besessen habe.

Indes – mit seiner »intuitiven Vorahnung« sei er daheim auf taube Ohren gestoßen, berichtet Kwizinski. Falins internationale ZK-Abteilung habe Gorbatschow eine »überarbeitete und zurückhaltend formulierte Information« über den Parteitag der Christdemokraten vorgelegt.

Doch Schewardnadses heftige Reaktion war ein früher Hinweis, daß die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze zu einer unabdingbaren Voraussetzung der späteren deutschen Vereinigung zählen würde. Genscher entschloß sich noch in New York zu einer außergewöhnlichen Demonstration.

Vom Rednerpult der Generalversammlung sprach er den polnischen Krzysztof Skubiszewski unmittelbar an: »Das polnische Volk ist vor 50 Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Ich wende mich an Sie, Herr Außenminister Skubiszewski, als den Außenminister des neuen Polens. Ihr Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.«

Diese persönliche Ansprache Skubiszewskis hatte Genscher im Plenum, wenige Minuten vor seiner Rede handschriftlich in sein Manuskript eingefügt. Wie sich später zeigen sollte, wurde diese Feststellung zur Unverletzlichkeit der Grenzen zu einem erheblichen Konfliktpotential in der Bonner Koalition. Der Streit konnte schließlich durch die Entschließung des Deutschen Bundestages zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland vom

8. November 1989 – einen Tag vor der Abreise des Bundeskanzlers nach Polen – beigelegt werden; die einschlägige Passage Genschers zur polnischen Westgrenze aus seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde wörtlich in die Entschließung des Parlamentes übernommen.